

Neudruck

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Eine 2. Chance für das Anliegen der „Volksinitiative gegen eine Erweiterung der Kapazität und gegen den Bau einer dritten Start- und Landebahn am Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg BER“

In der 5. und 6. Wahlperiode hat der Landtag Brandenburg mehrfach beschlossen, dass eine dritte Start- und Landebahn nicht kommen soll.

Die BürgerINNen, Bürgerinitiativen und auch die Gemeinden der „Schutzgemeinschaft“ glauben und trauen den politischen Beteuerungen der Parteien und der Landesregierung, auf Grund der Erfahrungen mit den Flugrouten, dem Schallschutz und anderen Vorkommnissen, nicht mehr.

Ein juristisches Gutachten des parlamentarischen Beratungsdienstes, im Rahmen einer Anfrage von Fraktion Bündnis 90/Grüne bezüglich Diskontinuität eines Beschlusses des Landtages zu dem Problem TTIP vom Juni 2014 hat ergeben, dass akklamatorische Landtagsbeschlüsse, wie z.B. „Keine 3. Start- und Landebahn am BER“ keinerlei rechtliche und letztendlich auch keinerlei politische Bedeutung haben.

Aus diesem Grunde haben die vom Flughafen betroffenen Gemeinden, der sogenannten „Schutzgemeinschaft BER“ und die Bürgerinitiativen der Anwohner eine Volksinitiative gestartet „Volksinitiative gegen eine Erweiterung der Kapazität und gegen den Bau der dritten Start- und Landebahn am Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg BER“. Die Volksinitiative wurde am 24.03.2015 im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg beraten und abgelehnt. Im Folgenden hat auch der Landtag Brandenburg am 30.4.2015 die **Volksinitiative mit allen Stimmen der Abgeordneten von SPD und Linkspartei abgelehnt**. Nicht ohne dass die Parteien von SPD und Links-Partei dabei beteuerten, dass man ja das Anliegen verstünde und unterstützen wird.

Von den Regierungsfractionen SPD und Links-Partei ist in den vergangenen Sitzungen und in den Anhörungen immer wieder behauptet worden, eine gesetzliche Regelung ginge so nicht, wie sie die Volksinitiativen vorschlugen und eine andere Regelung fiel ihnen auch nicht ein.

Wie bekannt wurde soll die SPD nunmehr doch eine gesetzliche Regelung des Verbotes einer 3. Start- und Landebahn befürworten. Den Worten können Taten folgen.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg lehnt den Bau einer dritten Start- und Landebahn (3.SLB) am Verkehrsflughafen Berlin-,Brandenburg (BER) dauerhaft ab.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete gesetzliche Maßnahmen zu prüfen, um einen mit höherrangigen Recht konformen Gesetzesentwurf zu erarbeiten und in den Landtag einzubringen, der darauf hinwirkt, dass der Verkehrsflughafen am Standort Schönefeld dauerhaft nicht mehr als die mit Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 geregelten zwei Start- und Landebahnen haben wird.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, in den Gremien, Vorlagen und Plänen der Gemeinsamen Landesplanung aktiv darauf hinzuwirken, dass der Bau einer dritten Start- und Landebahn am Verkehrsflughafen BER nicht erfolgt.

Begründung:

Von Anfang an stand das Vorhaben des Baus des Großstadtflughafens BER in Schönefeld unter keinem guten Stern. Das von 1992 bis 1994 durchgeführte Raumordnungsverfahren mit der Annahme von 40 Mio. Passagieren + X kam zu dem Ergebnis, dass Schönefeld der denkbar ungeeignetste Standort für einen entsprechenden Flughafen für die Region Berlin-Brandenburg wäre. Unbeeindruckt davon setzten die Vertreter von SPD / CDU seinerzeit der Verkehrsminister Herr Wissmann, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Diepgen, und der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Herr Stolpe, Ende Mai 1996, im sogenannten „Konsensbeschluss“, mit einer einstimmigen Entscheidung durch, dass entgegen den Vorschlägen der Experten und der Raumordnung Schönefeld zum neuen Großstadtflughafen ausgebaut wird. Dieser Konsensbeschluss auf politischer Ebene war die politische Leitschnur von SPD und CDU für die Umsetzung der Flughafenpläne in der Region.

Nachdem 1998 und 2002 die Privatisierung des Flughafenprojekts zweimal gescheitert war, haben die Gesellschafter der Flughafengesellschaft, die Länder Berlin und Brandenburg und der Bund beschlossen, entgegen allen ursprünglichen Beteuerungen, das Flughafenprojekt doch als staatliches Projekt, quasi als „VEB-Flughafen Schönefeld“, auf den Weg zu bringen. Ein entsprechender Planfeststellungsantrag wurde von der Flughafengesellschaft 2002 eingereicht und im August 2004 von der Landesregierung Brandenburg im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses genehmigt. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder beteuert, dass es sich bei dem Hauptstadtflughafen nur um einen mittelgroßen Regionalflughafen handeln würde und dass eine Erweiterung, insbesondere, was die Start- und Landebahn betrifft, weder geplant noch beabsichtigt sei. Nunmehr ist aber festzustellen, dass die Passagierzahlen in den vergangenen Jahren, getragen und beflügelt vom Hauptstadttourismus, sich doch sehr stark und überproportional entwickeln und die ursprünglichen Annahmen von 40 Mio. Passagieren + X für die Luftverkehrsbranche und Fachleute nun zunehmend in Greifweite rücken. Von Seiten der Anwohner, Flughafengemeinden und Betroffenen wird befürchtet, dass in absehbarer Zeit, eine dritte Start- und Landebahn beabsichtigt und gefordert werden um da weitere Wachstum des BER sicherzustellen.

In der 5. und 6. Wahlperiode hat der Landtag Brandenburg mehrfach beschlossen, dass eine dritte Start- und Landebahn nicht kommen soll.

Ein juristisches Gutachten des parlamentarischen Beratungsdienstes, im Rahmen einer Anfrage von Fraktion Bündnis 90/Grüne bezüglich Diskontinuität eines Beschlusses des Landtages zu dem Problem TTIP vom Juni 2014 hat ergeben, dass Landtagsbeschlüsse, wie z.B. „keine 3. Start- und Landebahn am BER“ keinerlei rechtliche und letztendlich auch keinerlei politische Bedeutung haben. Aus diesem Grunde haben die vom Flughafen betroffenen Gemeinden, der sogenannten „Schutzgemeinschaft BER“ und die Bürgerinitiativen der Anwohner eine Volksinitiative gestartet „Volksinitiative gegen eine Erweiterung der Kapazität und gegen den Bau der dritten Start- und Landebahn am Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg BER“. Die Volksinitiative wurde am 24.03.2015 im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg beraten und abgelehnt.

Im Folgenden hat auch der Landtag Brandenburg die Volksinitiative mit allen Stimmen der Abgeordneten von SPD und Linkspartei abgelehnt. Nicht ohne dass die Parteien von SPD und Links-Partei dabei beteuerten, dass man ja das Anliegen verstände und unterstützen wird.

Vertreter der Volksinitiative äußerten sich dazu wie folgt:

„Eine verbindliche gesetzliche Begrenzung der BER-Flugbewegungskapazität auf das planfestgestellte Maß von 360.000 Flugbewegungen pro Jahr sowie der Ausschluss einer dritten Startbahn am BER-Standort in Berlin-Schönefeld, das sind die Kernforderungen der Fluglärm betroffenen im Umfeld des BER und aller Brandenburger, die der Geldvernichtung durch den BER ein Ende setzen wollen. Obwohl praktisch alle politischen Kräfte diese Ziele der Volksinitiative im Vorfeld verbal und mit unverbindlichen Erklärungen unterstützten, lehnte der Landtag in seiner Sitzung am 30.04.2015 diese VI mit den Stimmen von SPD und Linken mehrheitlich ab. Auch die in der Anhörung vorgestellte Alternativlösung eines vom Landtag beschließbaren Landesgesetzes, das die Gesellschafterstellung des Landes nutzt, um den verbindlichen Willen des Landtags dauerhaft abzusichern, wurde nicht umgesetzt. Dieses Gesetz würde die Vertreter des Landes Brandenburg sowohl in der gemeinsamen Landesplanungskonferenz mit Berlin als auch in der Gesellschafterversammlung der Flughafengesellschaft (FBB) dazu verpflichten, stets und immer gegen von Berlin oder dem Bund beabsichtigte bauliche Erweiterungen des BER mit dem Ziel einer Flugbewegungskapazität über 360.000 Fbw/Jahr zu stimmen. Eigene Anstrengungen, die Ziele der VI ggf. mit anderen Mitteln zu erreichen, werden von der Landesregierung und rot-roter Landtagsmehrheit ebenfalls verweigert. „Wie können Landtagsabgeordnete die VI nicht nur unterschreiben, sondern aktiv mit Unterschriften sammeln, um dann bei der entscheidenden Abstimmung im Landtag dagegen zu stimmen?“ so Vertreter der Volksinitiative.

Unabhängig davon, ob die Fluggastzahlen weiter steigen, hat der Flughafen Schönefeld eine im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses begrenzte Kapazität von 360.000 Flugbewegungen. Zu Beginn der Inbetriebnahme des Flughafen Schönefeld, geplant im Juni 2012, nunmehr geplant 2./3. Quartal 2017, wird die tatsächliche Auslastung bei 270.000 Flugbewegungen pro Jahr liegen. Das Wachstum des Flugverkehrs geht ungehemmt weiter. Von den zwei Start- und Landebahnen können

durchaus mehr als 360.000 Flugbewegungen abgewickelt werden. Dies würde noch mehr Belastung für die Umlandbewohner und die Gemeinden bedeuten.

Deshalb gibt es die Forderung, dass der Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg in Schönefeld nicht über den im Planfeststellungsbeschluss gebilligten Umfang hinaus erweitert werden darf. Von den Regierungsfractionen SPD und Links-Partei ist in den vergangenen Sitzungen und in den Anhörungen immer wieder behauptet worden, eine gesetzliche Regelung ginge so nicht, wie sie die Volksinitiativen vorschlugen und eine andere Regelung fiele ihnen auch nicht ein. Auch das von den Bürgerinitiativen vorgeschlagene Gesetz zur Festlegung der Aufsichtsratsmitglieder, einer dritten Start- und Landebahn nicht zuzustimmen, wurde von den Regierungsfractionen mit der Begründung rechtlicher Bedenken abgelehnt. Da SPD und Links-Partei aber immer wieder betonen, wie wichtig ihnen der Ausschuss einer dritten Start- und Landebahn ist, soll nun ein erneuter Anlauf genommen werden und den Regierungsfractionen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Beteuerungen mit Beschlüssen und Taten zu unterlegen und die Landesregierung aufzufordern, entsprechende Vorschläge, wie man das gesetzlich regeln kann, vorzulegen. Hiermit gibt es erneut einen Test auf die Glaubwürdigkeit der Versprechen der Parteien von SPD und Links-Partei, ihrer Gremien und ihrer politisch verantwortlichen Akteure auf lokaler und auf Landesebene.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe